



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

18. Jahrgang, Nummer 01 / 2021

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

der 10. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe liegt hinter uns, wir sind mitten in der Osterzeit und der 35. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe (26. April) naht. Proteste gegen den Weiterbetrieb von Atomanlagen sowie gegen Atomwaffen und enorme Rüstungsausgaben sind dringend nötig – sind aber in der aktuellen Coronazeit nicht einfach zu organisieren.

Hier im neuen BBU-Newsletter findet Ihr einige Informationen darüber, wo es sonst noch überall „brennt“ Bitte haltet uns im Gegenzug auch darüber auf dem Laufenden, was bei euch vor Ort aktuell anliegt.

Und: Bitte unterstützt jetzt zu Ostern 2021 wohlwollend die Arbeit des BBU mit einer kleinen oder großen Spende. Nur wenn uns als bundesweitem Dachverband der Rücken gestärkt wird, können wir den Gruppen vor Ort, aber auch den aktiven Einzelpersonen, die sich vielfältig für den Umweltschutz einsetzen, engagiert und tatkräftig beistehen.

BBU-Spendenkonto:
Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705
0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC:
COLSDE33. Stichwort: Ostern 2021

Und wer eine neue Bürgerinitiative gründen möchte, kann dazu gerne von uns Anregungen und Hilfestellungen bekommen. Bei Interesse bitte melden. Und Initiativen, die noch keinem Dachverband angehören, können gerne dem BBU beitreten (gilt auch für Privatpersonen, Bioläden, ökologisch arbeitende Handwerksbetriebe, Jugendgruppen etc.) Aufnahmeanträge findet man unter

<https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>



Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch schöne und gesunde Ostertage.

Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktionsvorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: BBU-Bonn@t-online.de. Termine: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

An alle BBU-Mitglieder: Bitte teilt der BBU-Geschäftsstelle mit, wer sich von Euch mit dem Themenbereich Farben /Lacke /Lösungsmittel beschäftigt. Natürlich können sich auch Aktive melden, die zu dem Themenbereich arbeiten, aber (noch) nicht dem BBU angehören.

Themenbereiche

Anlagensicherheit

Massiver Widerstand gegen geplante 500 Millionen Euro Investition des Duisburger Chemiekonzerns PCC

Das Duisburger Chemieunternehmen PCC plant den Bau mehrerer Störfallanlagen zur Produktion von Ethylenoxid (EO) und EO-Folgeprodukten auf dem Gelände der Evonik in Niederkassel, südlich von Köln. Nach eigenen Angaben möchte PCC insgesamt 500 Millionen Euro investieren und bis zu 200 neue Arbeitsplätze schaffen.

Gegen das Investitionsprojekt formiert sich seit Monaten zunehmender Widerstand innerhalb der Bevölkerung und der lokalen Politik. Ethylenoxid ist nicht nur hochexplosiv, sondern auch krebserregend, erbgutverändernd und reproduktionstoxisch. Erst im Januar 2020 sind durch eine Explosion einer derartigen Anlage im spanischen Tarragona 3 Menschen ums Leben gekommen. Anwohner fürchten um ihre Sicherheit und sehen den Standort in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung mit zahlreichen empfindlichen Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten als ungeeignet an.

Die neugegründete Bürgerinitiative gegen Ethylenoxid e.V. appelliert an die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmens PCC, den Bau der Anlage nicht gegen den Willen der Bevölkerung und der lokalen Politik durchzusetzen. Die Kommunalpolitik hat sich einstimmig über alle Parteien bereits gegen das Vorhaben ausgesprochen. Führende Umweltverbände wie der BBU und BUND warnen vor den Risiken für die Sicherheit der Bevölkerung in dicht bewohnten Gebieten.

Aus einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative gegen Ethylenoxid (Niederkassel) vom 10.03.2021. Vollständiger Text unter

https://www.eo-nein-danke.de/pdf/21-3-10_PM%20dpa_Widerstand%20gegen%20500%20Millionen%20%E2%82%AC%20Investition.pdf?_t=1615488420

Die Bürgerinitiative ist eine Mitgliedsorganisation des BBU

Artenschutz

Unterschriftenaktion: BBU unterstützt die Volksinitiative Artenvielfalt in NRW

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt und unterstützt die Volksinitiative Artenvielfalt in NRW. Zudem gratuliert der BBU der Volksinitiative dazu, dass sie bereits mehr als die notwendigen Unterschriften sammeln konnte. Der BBU, der seinen Sitz in NRW hat (in Bonn), weist außerdem darauf hin, dass noch bis Anfang Juni weitere Unterschriften für die Ziele der Volksinitiative gesammelt werden können. Hierzu ruft er breit zur Unterstützung auf.

BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz betont: „Überall in NRW stellen wir fest, wie Flächen versiegelt werden und Arten verschwinden. Täglich gehen in Nordrhein-Westfalen rund zehn Hektar Fläche durch neue Wohn- und Gewerbegebiete, Straßenbau, Tagebau, Kies-Abbau und andere Abgrabungen unwiederbringlich verloren. Die Volksinitiative Artenvielfalt fordert u. a. eine neue Landesentwicklungsplanung, die verbindlich den Flächenverbrauch im Land bis 2025 auf maximal 5 Hektar pro Tag und bis 2035 ganz auf Null absenkt.“

Ausführliche Informationen zur Volksinitiative Artenvielfalt in NRW sowie Unterschriftenlisten gibt es auf der Internetseite der Kampagne unter <https://artenvielfalt-nrw.de> oder direkt bei der Volksinitiative Artenvielfalt, Postfach 19 00 04, 40110 Düsseldorf, Telefon 0211-159 251-59.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 19.02.2021. Vollständiger Text unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/19.02.21.pdf>

Atomenergie

Vorfall im Reaktor Garching gravierender als bisher bekannt

Der Forschungsreaktor FRM II in Garching bei München ist mittlerweile seit 10 Monaten außer Betrieb. Ursprünglich erfolgte der Stillstand (angeblich?) wegen Corona-Beschränkungen, kurz darauf wurde aber auch bekannt, dass radioaktives Gas ausgetreten und ein Grenzwert überschritten worden war.

Anfangs wurde dieser Vorfall als „sicherheitstechnisch unbedeutend“ verharmlost. Wie der bayrische Rundfunk am 15.01.21 meldete, musste der Vorfall jetzt jedoch schärfer bewertet und als „Störung“ eingestuft werden. Wann der Reaktor wieder hochgefahren wird, sei weiter offen, hänge aber im Wesentlichen von der Bewertung des TÜV ab, so der BR. Nach Auffassung der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ muss der FRM II endgültig abgeschaltet bleiben, denn sein Betrieb ist spätestens seit Ende 2018 illegal: Der FRM II arbeitet mit hochangereichertem und damit waffenfähigen Uran. Selbst die ausgedienten Brennelemente haben noch einen Anreicherungsgrad von ca. 88%. Die Betreiber erhielten in der Betriebsgenehmigung von 2003 die Auflage, den Reaktor spätestens bis Ende 2010 auf niedrig angereicherten Brennstoff umzurüsten. Dies ist nicht geschehen. Darauf wurde die Frist noch einmal bis Ende 2018 verlängert – wieder ohne dass die Betreiber etwas unternommen hätten! Dass die bayrischen Aufsichtsbehörden dies bis heute stillschweigend geduldet haben, ist ein Skandal. Gänzlich inakzeptabel ist unter diesen Voraussetzungen, dass der

Atom­müll aus Garching wie geplant nach Ahaus gebracht werden soll: Das Atom­müll-Lager Ahaus ist von Anfang an konzipiert und genehmigt für Atom­müll aus Anlagen, die mit niedrig angereichertem Material für die zivile Nutzung arbeiten (3 – 5% Anreicherungsgrad). Von hochangereichertem Material war niemals die Rede. Mit der Einlagerung hochangereicherter Atom­mülls würde Ahaus zu einem interessanten Ziel für Terroranschläge aller Art. Dafür ist das Lager sicherungstechnisch nicht ausgelegt.

Pressemitteilung der BI „Kein Atom­müll in Ahaus“ vom 18.01.2021; Quelle: <https://www.bi-ahaus.de>.
Die BI ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

Fachkonferenz Teilgebiete zur Endlagersuche: Der Ball liegt beim BaSE

Der erste Beratungsmarathon ist vorüber: drei Tage lang saßen Hunderte vor dem Bildschirm während der ersten Beratungskonferenz Teilgebiete. Das große Thema lautet, wohin mit dem Atom­müll. Grundlage der rein digitalen Konferenz war der Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), der Ende September 2020 vorgelegt wurde. Martin Donat, der Vorsitzende der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), und ihr Sprecher Wolfgang Ehmke hatten mit Impulsvorträgen auf der Konferenz dazu beigetragen, dass am Schlußtag Weichen gestellt wurden.

Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, den nächsten Beratungstermin um drei Monate zu verschieben: „Zum einen ist einmal mehr klar geworden, dass ein rein digitales Format nicht dazu geeignet ist, zu intervenieren, Stimmen und Stimmungen aufzugreifen. Darüber hinaus wurde unsere Kritik an dem wenig aussagekräftigen BGE-Zwischenbericht von vielen Teilnehmenden geteilt – der BGE wird die Gelegenheit gegeben, ihren Bericht zu aktualisieren.“

Quelle und weitere Informationen: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2021/02/07/fachkonferenz-teilgebiete-zur-endlagersuche-der-ball-liegt-beim-base>

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2021/02/25/die-neue-gorleben-rundschau-ist-da-3>

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de>

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

28. Februar: Brokdorf vor 40 Jahren – Atomausstieg Jetzt !



Anlässlich des 40. Jahrestages der Großdemonstration gegen den Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf (Schleswig-Holstein, 28.2.1981) und wenige Tage vor dem 10. Jahrestag der Atomkatastrophe in Fukushima (Japan, 11. 3.2011) hat der Bundesverband Bürgerinitiativen (BBU) seine Forderung nach der sofortigen Stilllegung des AKW Brokdorf und aller Atomkraftwerke (AKW) sowie sonstiger Atomfabriken bekräftigt.

Mehr als 100.000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet hatten sich am 28. Februar 1981 bei eisigem Winterwetter auf den Weg nach Brokdorf gemacht, um dort gegen den Bau des AKW Brokdorf sowie gegen das gesamte damalige „Bonner Atomprogramm“ zu demonstrieren. Konfrontiert wurden sie mit einem Polizeieinsatz, der für viele Demonstrantinnen und Demonstranten zu einem schockierenden und prägenden Erlebnis wurde: Polizeikräfte trieben wehrlose Personen durch die Wilster Marsch und über dem ganzen Bereich kreisten Polizeihubschrauber und setzen immer neue Einheiten zur Verfolgung der Demonstrantinnen und Demonstranten ab.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 26.02.2021. Vollständiger Text unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/26.02.21.pdf>

Nein zur Beteiligung Russlands an Brennelementefertigung in Lingen

Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) protestieren gegen den geplanten Einstieg des russischen Atomkonzerns TVEL in die Produktion von atomaren Brennelementen beim französischen Atomkonzern Framatome im niedersächsischen Lingen.

Mit Unverständnis und großer Sorge nehmen Umweltorganisationen und Anti-Atomkraft-Bündnisse das Vorhaben zur Kenntnis und kündigen weitere Proteste gegen die bundesweit einzige Brennelementefabrik in Lingen sowie gegen die damit verbundenen internationalen Atomtransporte an.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 03.03.2021. Vollständiger Text unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/03.03.21.pdf>

Weitere Informationen: <https://atomstadt-lingen.de/2021/03/26/streng-geheim>

Zehn Jahre nach der Fukushima-Katastrophe: BBU warnt vor Verharmlosung der Atomenergie

Anlässlich des 10. Jahrestages des Beginns der Atomkatastrophe in Fukushima (Japan, 11. März 2011) warnt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vor jeglicher Verharmlosung der Atomenergienutzung. Zugleich bekräftigt der Verband, in dem auch viele Anti-Atomkraft-Initiativen an Atomstandorten organisiert sind, seine Forderung nach dem Sofortausstieg aus der Nutzung der Atomenergie in der Bundesrepublik und auch international.

Hinsichtlich der gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe in Japan verweist der BBU auf ein Symposium der atomenergiekritischen Organisation IPPNW, das kürzlich stattgefunden hat. Und aktuell kritisiert die

IPPNW in einer Pressemitteilung: „Statt umfangreicher wissenschaftlicher Aufarbeitung beschränkte man sich auf eine Untersuchung der kindlichen Schilddrüsen in Fukushima und lud für diese Aufgabe ausgerechnet die Internationale Atomenergie Organisation IAEO ein, deren Satzungsziel bekanntlich die Förderung der zivilen Atomenergie ist.“

(Quelle: <https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/10-jahre-fukushima-die-atomkatasto.html>)

Für den BBU ist es wichtig, dass die Katastrophe in Japan und ihre anhaltenden Folgen nicht in Vergessenheit geraten. Das innige Mitgefühl der global denkenden Organisation gilt weiterhin den betroffenen Menschen in und um Fukushima und in ganz Japan.

Der BBU hält den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken in der Bundesrepublik bis Ende 2022, und international noch länger, für unverantwortlich und auch die Uranfabriken in Gronau und Lingen, die Nuklearbrennstoffe für Atomkraftwerke in aller Welt produzieren, müssen nach Auffassung des Verbandes sofort stillgelegt werden.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 10.03.2021. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202021/10.03.21.pdf>

Prähistorische Atompolitik - scharfe Kritik an NRW-Wirtschaftsausschuss

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisiert in scharfer Form den NRW-Wirtschaftsausschuss für dessen „prähistorische Atompolitik“. Der Wirtschaftsausschuss im NRW-Landtag hat (heute, 17.3.2021) den Antrag der Grünen „Urananreicherung in NRW beenden, illegale Urantransporte stoppen!“ mit breiter Mehrheit abgelehnt. Auch die SPD-Mitglieder im Ausschuss votierten gegen den Antrag, obwohl sich Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) in der letzten Woche am 10. Fukushima-Jahrestag für die Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage ausgesprochen hat.

Dem Ausschuss lagen mehrere Stellungnahmen von Sachverständigen vor. Diese sprachen sich zum Teil gegen den Weiterbetrieb der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau und gegen rechtswidrige Uran-Exporten nach Russland aus.

Udo Buchholz, er engagiert sich im Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und ist BBU-Vorstandsmitglied, erklärt zum Abstimmungsergebnis im NRW-Wirtschaftsausschuss:

„Dass der Antrag der Grünen abgelehnt wird, war zu befürchten. Dass aber auch die SPD den Antrag komplett abgelehnt hat, ist ärgerlich, war aber auch keine große Überraschung. Immerhin ist die SPD dafür verantwortlich, dass die Urananreicherungsanlage in den 80er Jahren errichtet und immer weiter ausgebaut wurde. Mit ihrem Abstimmungsverhalten ist die SPD jetzt ihrer Bundesumweltministerin massiv in den Rücken gefallen, und auch SPD-Ortsverbänden, die an der Basis die weitere Nutzung der Atomenergie ablehnen.“

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 17.03.2021. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202021/17.03.21.pdf>

Ostermarschproteste gegen Urananreicherung und Zentrifugentechnik

Karfreitag (2.4.2021) wurde in Gronau und Jülich gegen jegliche Form der Atomenergienutzung demonstriert.

Mehr dazu unter <https://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202021/30.03.21.pdf>

Die Tagesschau berichtete: <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-42241.html> (ca. ab Minute 3)

Friedensbewegung

Ostermärsche

Anders als 2020 finden in diesem Jahr wieder reale Ostermärsche statt – aber auch viele virtuelle Friedensaktionen. Ausführliche Informationen: <https://www.friedenskooperative.de>

Gasbohren

BBU: Umweltminister Lies bootet Kritiker bei Gesprächen über die Erdgasförderung in Niedersachsen aus

Mit großer Empörung hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) die heutige Pressekonferenz von Umweltminister Olaf Lies und den 10-Punkte-Plan zur zukünftigen Politik der Erdöl- und Erdgasförderung in Niedersachsen zur Kenntnis genommen. Statt den 2018 begonnenen Stakeholderdialog Erdöl- und Erdgasförderung weiterzuführen, hat der Minister offensichtlich eine neue Runde zusammengestellt, die hinter verschlossenen Türen getagt hat. Der BBU, der sich intensiv, kritisch und mit großer Sachkompetenz in den Stakeholderdialog eingebracht hatte, war weder zu der neuen Runde noch zur heutigen Pressekonferenz eingeladen.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Man merkt die Absicht und man ist verstimmt. Der Minister wollte deutliche Kritiker der Erdöl- und Erdgasförderung aus der Zivilgesellschaft, die sich im Stakeholderdialog intensiv mit technischem Sachverstand eingebracht hatten, vor der Tür halten. So sollten genehme Ergebnisse erreicht werden. Dementsprechend sind die Resultate. So ist der im 10-

Punkte- Plan festgehaltene freiwillige Verzicht der Förderindustrie auf Neubohrungen in Wasserschutzgebieten das Papier nicht wert, auf dem er steht. Denn erstens können bestehende Bohrungen weiter betrieben werden. Zweitens kann auch von einem Bohrverbot keine Rede sein. Bei bestehenden Bohrungen kann auch in jede Richtung weiter gebohrt werden. Und drittens ist es problemlos möglich, bei Neubohrungen den Bohransatzpunkt außerhalb des Wasserschutzgebietes zu legen und dann in das Wasserschutzgebiet horizontal hinein zu bohren. Konsequenter Gewässerschutz sieht anders aus.“

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 29.03.2021. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/29.03.21.pdf>

Gewässerschutz / Waldschutz

BBU: Täglich Wälder und Gewässer schützen!

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ruft dazu auf, sich täglich für den Schutz der Wälder und für den Schutz des Wassers einzusetzen. Von der Bundesregierung und den Landesregierungen fordert der BBU ein konsequentes Engagement für die noch vorhandenen Waldflächen sowie für den Gewässerschutz im Binnenland und in den Küstenregionen.

Für den BBU sind der internationale Tag des Waldes (21. März) und der internationale Weltwassertag (22. März) wichtige Tage, an denen auf die Gefährdung der Wälder und der Gewässer hingewiesen wird. „Aber wir müssen uns möglichst täglich dafür einsetzen, dass nicht weiter hemmungslos Wälder gerodet und Gewässer vergiftet werden“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Aus einer BBU-Pressemitteilung mit zahlreichen weiterführenden Links vom 22.03.2021. Vollständiger Text unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/22.03.21.pdf>. Foto: Goorbach bei Gronau



Klimaschutz

BBU: Internationale Solidarität mit Fridays For Future

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisierte sich mit den bundesweiten und internationalen Klimastreik-Aktionen, die am 19. März 2021 von der Jugend-Umwelt-Bewegung Fridays For Future (FFF) durchgeführt wurden. Angesichts der Corona-Krise wies der BBU dabei auch besonders darauf hin, dass es viele Möglichkeiten gibt, die Aktionen auch online zu unterstützen. „Und der BBU betont, dass die Nutzung der Atomenergie keine Lösung der Klimaprobleme ist“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz in einer BBU-Pressemitteilung vom 18.03.2021.

Vollständiger Text der Pressemitteilung unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/18.03.21.pdf>

DPA-Bericht über den Aktionstag:

https://qa.de/news/politik/ausland/fridays-for-future-erster-globaler-klimastreik-des-jahres_aid-56905937

Landwirtschaftspolitik

Agrarministerkonferenz (AMK) verpasst Systemwechsel in neue Agrarpolitik

Zu den Ergebnissen der Sonder-AMK zur nationalen Ausgestaltung der zukünftigen EU-Agrarpolitik
Aus Sicht der AbL geben die Ergebnisse der Agrarministerkonferenz (AMK) zur nationalen Ausgestaltung der kommenden Förderperiode der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2023 keine ausreichenden Antworten auf die drängenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Fragestellungen der Zukunft und lässt die Mehrzahl der Bäuerinnen und Bauern in Deutschland in weiten Teilen mit ihren Herausforderungen alleine. Anstatt eine Obergrenze für die Förderung von wenigen Großbetrieben zu beschließen, haben die Ministerinnen und Minister eine Obergrenze für die einkommenswirksame Entlohnung von Leistungen der Bäuerinnen und Bauern für den Natur- und Klimaschutz beschlossen.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.abl->

[ev.de/apendix/news/details/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=3848&cHash=e6502064b14f81861081a85989608c3f](https://www.abl-ev.de/apendix/news/details/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=3848&cHash=e6502064b14f81861081a85989608c3f)

Planungssicherstellungsgesetz

BBU: Verlängerung des Planungssicherstellungsgesetzes wird Anforderungen an fortschrittliche Bürgerbeteiligung unter Pandemie-Bedingungen nicht gerecht

Auf deutliche Kritik ist der von der Bundesregierung entworfene und von den Koalitionsfraktionen in den Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf zur Verlängerung des Planungssicherstellungsgesetzes gestoßen. Der Gesetzentwurf soll am 25.2.2021 vom Bundestag beschlossen werden. Die Geltungsdauer der Bestimmungen des Planungssicherstellungsgesetzes soll dabei für fast zwei Jahre verlängert werden, ohne dass

es in seinen Bestimmungen geändert wird. Damit soll der schwere Eingriff in die Teilnehmungsrechte der Öffentlichkeit und der Umweltverbände fortgesetzt werden. Die notwendige Anpassung des Gesetzes an die Pandemie-Bedingungen, die eine fortschrittliche Öffentlichkeitsbeteiligung und eine gleichzeitige Kontaktminimierung erforderlich machen, erfolgt nicht. Der BBU fordert, die Verlängerung des Gesetzes in der vorliegenden Form abzulehnen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 22.02.2021. Vollständiger Text unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/22.02.21.pdf>

Aktueller Hintergrund: <https://www.bundesrat.de/DE/plenum/bundesrat-kompakt/21/1001/1001-pk.html#top-50>

Tongerfahren

Durch die Pandemie hat sich unser Leben verändert

Wir verbringen 80 – 90 % unserer Zeit in Innenräumen, ca. 20 Stunden/Tag.

Durch Regelungen und Anordnungen verbringen Familien einen Großteil ihrer Zeit gemeinsam zu Haus im Homeschooling und Home Office. In dieser Situation gelangen Laserdruckgeräte für Preise inzwischen unter 100,00 € immer mehr auch in unsere Privaträume.

Durch die „Corona Maßnahmen“ sind nun auch Kinder von den Ultrafeinstäuben und Aerosolen aus Laserdruckern immer stärker betroffen.

Das Bundesumweltamt erklärte 2014 in einer Stellungnahme zur Verleihung des Blauer-Engel-Preis „Beim Gebrauch von Druckern sind deshalb wichtige Regeln zu beachten: Sie sollten immer in Räumen aufgestellt werden, die sich gut und schnell lüften lassen. Niemals sollten sie in Schlaf- oder Kinderzimmern stehen. Dies gilt auch für Geräte mit dem Blauen Engel. In Büroräumen sollen größere, netzwerkfähige Gruppenarbeitsdrucker oder Kopiergeräte nicht unmittelbar am Arbeitsplatz stehen, sondern möglichst in separaten Räumen betrieben werden, die sich gut lüften lassen.“

Quelle und weitere Informationen: <https://www.nano-control.org/news-presse>. Die stiftung Nano-Contro ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

Verkehr

mobilogisch! 1/21 erschienen

In der Spätwinter-Ausgabe (1/21) der mobilogisch erklären wir, wie man durch gute Ampelschaltungen die für Menschen zu Fuß und per Rad gefährlichen Abbiegeunfälle vermeiden kann. - Wir erläutern, wie die Polizei warum Verkehrsunfälle aufnimmt. Und worauf man achten sollte. - Franz Müntefering erklärt, was Senior/innen von Gehwegen erwarten. - Lob des Schiebens: Mit dem Rad gut zu Fuß! - In unserer Reihe „Good practice Verkehrswende“ stellen wir Manchester und Vancouver vor. - Warum ist es nachts so dunkel? - Tempo 30 flächendeckend: Nach Brüssel auch in Deutschland? - U-Bahn-Bau als Umweltsau? - Bahn: Wir diskutieren den Deutschlandtakt. - Unsere Satire-Seite „Kotflügel“, im „Fort-Schritt“ gute Nachrichten, Rezensionen, Termine...

Quelle und weitere Informationen: <https://www.umkehr.de>. Der Umkehr e. V. ist eine Mitgliedsorganisation des BBU



Deutsche Bahn - Alternativer Bericht 2020/21: Mit Hochgeschwindigkeit ins Finanzloch

Bahn für Alle hat heute in einer Pressekonferenz den diesjährigen Alternativen Geschäftsbericht 2020/21 zur Deutschen Bahn vorgestellt. Der Bericht trägt den Untertitel: „Mit Hochgeschwindigkeit ins Finanzloch.“ Dazu Dr. Winfried Wolf, Autor des ersten Kapitels „Die existentielle Krise der Bahnkonzerns 2020/21“

„Umsatzeinbruch, Rekordverlust, Schuldenberg: Diese Krise ist vor allem hausgemacht, insbesondere durch teure und schädliche Großprojekte. Und der Bund befördert die verantwortungslose Verschuldung noch durch Eigenkapitalerhöhung. Beim aufgeblähten Wasserkopf muss man deutlich kürzen. Mit diesem Geld kann man den systemrelevanten Beschäftigten geben, was ihnen gebührt: mehr Lohn, weniger Stress, volle Anerkennung.“

Aus einer Pressemitteilung von „Bahn für Alle“ vom 24.03.2021. Vollständiger Text unter <https://bahn-fuer-alle.de/deutsche-bahn-alternativer-bericht-2020-21-mit-hochgeschwindigkeit-ins-finanzloch>

In dem Bündnis „Bahn für Alle“ wirkt auch der BBU mit.

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 01 / 2021, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 15.04.2021. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: udo.buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an udo.buchholz@bbu-bonn.de abbestellen.